

heiten der arabischen Staaten anwendet. Beide Seiten gelangten zu der Auffassung, daß einheitliche Aktionen der arabischen Staaten und aller patriotischen Kräfte von besonderem Gewicht sind, um der gefährlichen Entwicklung der Situation erfolgreich entgegenzuwirken.

Beide Delegationen brachten ihre entschiedene Verurteilung der von Israel betriebenen Politik der Annexion der besetzten arabischen und palästinensischen Gebiete zum Ausdruck. Sie erheben entschiedenen Protest gegen den jüngsten Beschluß Israels über die Annexion der besetzten Golan-Höhen. Sie betrachten dieses Territorium als untrennbaren Bestandteil der Syrischen Arabischen Republik.

Unabhängbare Voraussetzung für eine umfassende Regelung des Nahostkonflikts auf gerechter Grundlage und unter gleichberechtigter Teilnahme der PLO sind der vollständige und bedingungslose Rückzug Israels aus allen okkupierten palästinensischen und arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, und die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes auf Rückkehr in die Heimat, Selbstbestimmung und Bildung seines unabhängigen Staates. Das Kernstück einer stabilen Lösung des Nahostkonfliktes ist und bleibt die Palästinafrage. Erich Honecker wertete die breite internationale Anerkennung der PLO als einen Erfolg ihres aktiven politischen Wirkens und der effektiven Unterstützung durch die sozialistischen Staaten und aller für Frieden und Unabhängigkeit eintretenden Kräfte in der Welt.

Beide Seiten erneuern ihre Unterstützung für das libanesische Volk und die nationalen libanesischen Kräfte in deren heldenhaftem Kampf gegen die israelische Aggression.

Sie begrüßen den Vorschlag der UdSSR zur Einberufung einer internationalen Konferenz für die Lösung des palästinensischen und des Nahostproblems. Sie sehen darin einen geeigneten Weg zur Lösung der Palästinafrage auf der Grundlage der entsprechenden Beschlüsse der Vereinten Nationen.

Beide Seiten sind der Ansicht, daß alle gesetzgebenden und administrativen Handlungen Israels, die auf die Veränderung des Status von Jerusalem gerichtet sind, eine grobe Verletzung des Völkerrechts und der UNO-Beschlüsse darstellen, zusätzliche Hindernisse auf dem Wege zu einem gerechten Frieden im Nahen Osten schaffen und deshalb aufgehoben werden müssen. Sie verurteilen die Errichtung israelischer Siedlungen in den okkupierten palästinensischen Gebieten, die Verstärkung der Repressalien und der Rassendiskriminierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, die Schändung der arabischen historischen, religiösen und kulturellen Werte sowie andere Aktionen Israels in diesen Gebieten.

Beide Seiten wenden sich gegen die imperialistischen Bestrebungen, die die Interessen der arabischen Völker bedrohende Camp-David-Politik fortzusetzen.